

Die „Vorzeit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Einzelpreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei sonstiger Zustellung monatlich 4.50 M., bei Zustellung unter Streifenhand für Deutschland 4.50 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Inserate sollen bis achtzehn Uhr am Vortage oder deren Raum 1.20 Uhr, Wochensagen das letztendliche Wort 20 Uhr, jedes weitere Wort 25 Pf. Einrückungsschluss 10 Uhr. Bei Familien- u. Veranlassungsanzeigen (Wahl der Hochzeit) ist der Zuschlag fast. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens 12 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Inseraten-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 13. Fernsprecher: Amt Norden 9765

STREIF

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Schutz vor den baltischen Landstrolächern

Ein Hilferuf.

Die Verwaltung der Provinz Ostpreußen hat, wie die „Neue Berliner Zeitung“ mitteilt, an den Reichspräsidenten, den Reichsminister und den Reichswehrminister Telegramme gerichtet, in denen um Schutz gegen die aus dem Baltikum zurückkehrenden Truppen gebeten wird.

Diese Meldung bedarf noch der Bestätigung. In Ostpreußen regiert Herr August Winnig, Reichskommissar, Staatskommissar, Oberpräsident und Träger aller sonstigen Würden, die die Republik zu vergeben hat. Herr Winnig ist an erster Stelle mitverantwortlich für die Vorgänge im Baltikum, er trägt also an der Schuld mit, daß die baltischen Truppen jetzt wie Räuberbanden nach Deutschland zurückkehren und deutsche Gebiete bedrohen. Deswegen erscheint es mindestens als ein Widerspruch, daß Herr Winnig an dem Hilferuf der ostpreussischen Verwaltung beteiligt ist. Hat aber die Verwaltung ohne seine Mitwirkung den Hilferuf abgegeben, so bedeutet das ein Mißtrauensvotum für Herrn Winnig. Da würde der Beweis gegeben sein, daß die von ihm betriebene Politik genau so Bankrott erlitten hat, wie die gleichgerichtete Politik seines Befinnungsgegners Brüning in Oberschlesien.

Eine Drohung.

In der reaktionären Presse veröffentlicht der Oberleutnant a. D. Graf von der Woltz eine Erklärung zu der baltischen Frage. Es heißt darin:

Die Behauptung, daß die Truppe von der Reichsregierung seit Juli lediglich und stets nur zur Rückkehr in die Heimat aufbehalten worden sei, ist unrichtig. Diese Feststellung mag vorläufig genügen. Verschwindet jedoch nicht aus der Reichsregierung nachstehenden Presse die unerhörte von früher bekannte Behauptung, daß die Truppen von ihren Offizieren, die hauptsächlich nicht alles opfernd „beraubt“ worden wären, so mag die Reichsregierung sich nicht wundern, wenn alle weiteren Rücksichten schwinden.

Die Regierung darf zu dieser Drohung nicht schweigen. Sie besagt, daß die Cessantilität von der deutschen Regierung über die baltische Frage fortwährend irreführend worden ist. Aber auch von dem Herrn von der Woltz muß erwartet werden, daß er nicht nur Andeutungen macht, sondern kundgibt, was er noch zu sagen hat.

Waffenstillstand mit den Esten.

T. U. Tüft, 26. November.

Die „Ritter Zeitung“ meldet: Mit den Esten ist ein 24stündiger Waffenstillstand abgeschlossen worden. Die Esten haben die Eisenbahnstrecke freigegeben. Französische Offiziere von der internationalen Baltikumkommission besahen sich auf dem Geschehen, um von den Litauern unter Einwirkung des eigenen Lebens die Einstellung der Feindseligkeiten zu verlangen. Tauroggen ist vom Weizen geräumt worden.

Die Blockade Sowjet-Rußlands.

London, 25. November. (Reuters.)

Der Vertreter des Auswärtigen Amtes teilte im Unterhaus in einer schriftlichen Erklärung den wesentlichen Inhalt der Antworten der neutralen Regierungen auf die Note des Obersten Rates betreffend die Blockade Sowjet-Rußlands mit. In den Antworten wird im allgemeinen gesagt, daß die von den neutralen Ländern bereits ergriffenen Maßnahmen sich mit den vom Obersten Rat ausgesprochenen Wünschen in Übereinstimmung befinden. Die Niederländische Regierung erklärt, sie stehe in keiner Beziehung zu Sowjetrußland, und der tägliche Handel mit diesem Lande sei eingestellt worden.

Die Verhandlungen in Kopenhagen.

Kopenhagen, 25. November.

Über die Verhandlungen in Kopenhagen zwischen Schweden und Sowjet-Rußland wurde heute Abend folgendes

von James O'Grady und Litwinoff unterzeichnetes Communiqué ausgesandt: Die Kommission hielt heute eine Sitzung ab, zwecks Erörterung einer Auswechslung von Gefangenen und Heimsendung von Zivilisten. Die Sitzung wurde von einer vorläufigen Generaldebatte über die auf der Tagesordnung stehenden Fragen ausgefüllt.

Französische Unruhe.

Paris, 25. November.

Der „Temps“ berichtet mit einiger Unruhe die Zusammenkunft Litwinoffs, des früheren Bolschewik-Sekretärs in London mit dem englischen Parlamentarier O'Grady, welche sich nicht allein auf die Frage der Kriegsgefangenen beschränkt. Der „Temps“ glaubt, daß die Besprechungen von entscheidender Bedeutung für die beiden Randstaaten sein werden.

Demission der nichtgewählten französischen Kabinettsmitglieder.

Paris, 25. November. (Havas.)

In der heutigen Sitzung des Ministerrates haben die bei den Kammerwahlen nicht mehr gewählten Minister und Unterstaatssekretäre Clemenceau ihre Demission überreicht.

Die Arbeiten des Obersten Rates.

Paris, 26. November.

In seiner gestrigen Sitzung fehlte der Oberste Rat den Wortlaut eines Schreibens an die deutsche Delegation, der sich auf die in Schleswig zu entlassenden Soldaten bezieht. In dem Schreiben wird gesagt, daß in Schleswig nur diejenigen Soldaten entlassen werden dürfen, die ursprünglich aus dieser Gegend stammen. — Der Rat beschloß ferner, daß die Unterhandlungen zwischen Polen und Dänzig, die sich auf technische Fragen beziehen, nicht länger als zwei Monate dauern dürfen.

Eine Erklärung des Obersten Rates ermöglicht es den Serben, den Vertrag von St. Germain und gleichzeitig die finanziellen Abmachungen und die Regelung bezüglich des Schutzes der Minderheiten zu unterzeichnen. Er beschloß außerdem, den rumänischen Delegierten Gelegenheit zu geben, innerhalb von 8 Tagen das Abkommen mit Bulgarien und den Friedensvertrag von St. Germain zu unterzeichnen.

Generalstreiksbewegung in Spanien.

H. N. Madrid, 26. November.

Am 24. November begann hier der Generalstreik der Bäcker. Es kam verschiedentlich zu Kundgebungen. Die Regierung griff ein und übernahm teilweise die Verwaltung der Bäckereien und bewilligte sämtliche Forderungen, die die Bäckermeister zum größten Teil nicht annehmen wollten. Die Behörden sind fest entschlossen, im Notfall die Bäckereien selbst weiterzuführen.

Über Saragossa wurde der Belagerungszustand verhängt, weil die Gewerkschaften hier den Generalstreik proklamierten. Sämtliche Läden, mit Ausnahme der Apotheken, sind geschlossen. Im Zusammenhang mit ersten Zwischenfällen wurden viele Verhaftungen vorgenommen.

Diese Meldungen stehen im Zusammenhang mit den bereits gemeldeten Schwierigkeiten in der Brot- und Mehlversorgung Spaniens. Auch die starken Differenzen zwischen Arbeitern und Unternehmern, die jetzt in Spanien vielfach zu lokalen Kämpfen geführt haben, scheinen hier mitzuspielen.

Ein Mordprozeß gegen ungarische Kommunisten.

Am Dienstag begann vor dem Strafgerichtshof in Ofen ein Mordprozeß gegen 22 Kommunisten. Die Angeklagten werden beschuldigt, zur Zeit der ungarischen Republik als Mitglieder einer Terrortruppe den Staatssekretär Polon, den Feldmarschall-Lieutenant Ferris, ferner einen Professor Berend und einen Redigierender Madorf ermordet zu haben. Unter den Angeklagten befinden sich ehemalige Offiziere, Studenten, ferner auch russische Gefangene. Die Verhandlung, zu der 108 Zeugen geladen sind, dürfte 2 Wochen dauern.

Agrarische Forderungen.

Die Krise, in der sich die Zwangswirtschaft seit Monaten befindet, ist durch den neuesten Vorstoß der Agrarier aufs neue verschärft worden. Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft dem sämtliche landwirtschaftlichen Organisationen von Bedeutung angehören, hat an das Reichswirtschaftsministerium eine Kundgebung gerichtet, die die Unterfütterung aller Landwirtschaftskammern gefordert hat.

Die Kundgebung verlangt die sofortige, fast restlose Aufhebung der Zwangswirtschaft. An ihre Stelle soll die Vorratung auf Grund der „tatsächlichen Lieferfähigkeit“ treten. Die öffentliche Verwirklichung soll sich nur noch auf Brotgetreide und auf die Sicherstellung von Milch und Milchzeugnissen für Kinder und Kranke erstrecken. Die Verwirklichung von Fleisch soll sofort aufgehoben werden, ebenso die von Getreide. Für Zucker wird die Aufhebung für das nächste Erntejahr verlangt. Die Sicherstellung der für die Ernährung der Bevölkerung nötigen Mengen Brotgetreide soll durch Gewährung von Prämien erzielt werden, nachdem größere Mengen als bisher zum Eigenbedarf der Landwirte und ihrer Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt worden sind.

Diese weitgehenden Forderungen, denen die Landwirte den Charakter eines Ultimatums gegeben haben, werden von dem vielfachgenannten Hinweis begleitet, die Regierung müsse sich darüber klar sein, daß bei der jetzigen Lage eine befriedigende Lösung der Ernährungsfrage nur im einmütigen Zusammenwirken zwischen Behörden und Landwirtschaft erreicht werden kann. Mit anderen Worten, nur wenn die Regierung die Forderungen der Landwirtschaft bewilligt, wird sie ihre Erzeugnisse abliefern. Deshalb die Drohung: jede Verantwortung für das Scheitern unserer Volksernährung und jede Mitwirkung bei der Durchföhrung der jetzigen Maßnahmen abzulehnen.

Diese offene Kampfansage der Agrarier kommt nicht überraschend. Sie fühlen sich jetzt stark genug, einen entscheidenden Kampf für ihre Forderungen zu führen. Die Kundgebung verneinte es zwar, offen auszusprechen, daß die materiellen Motive der einzige Grund der Forderung nach Beseitigung der Zwangswirtschaft ist, aber vergeblich wird man in der Begründung nach einem anderen stichhaltigen Grunde suchen.

Gleichstellung der inländischen Preise mit den Weltmarktpreisen, das ist das Ziel der Landwirte, ein Ziel, das sie ohne Rücksicht auf die schweren Schädigungen, die seine Durchführung den Interessen der Allgemeinheit bereiten würde, mit allen ihren Machtmitteln durchzusetzen trachten. Sie wollen aber nicht nur Gleichstellung der inländischen mit den nominalen Weltmarktpreisen, sondern auch die volle Ausnutzung der durch den unzulänglichen Stand der deutschen Währung geschaffenen Entwertung der deutschen Zahlungsmittel. Mit vollem Recht betont gegenüber diesen gefährlichen Absichten die Eingabe des Vorstandes des Deutschen Städtebundes, daß die volle Ausnutzung des niedrigen Standes der deutschen Währung durch die Landwirte die Folge haben würde, daß eine ausgelagerte überaus hohe städtische Bevölkerung einer im Uebermaß bedachten Landwirtschaft gegenüberstehen würde. Das, aber sei ein Zustand, der dem ganzen Lande zum Unheil gereichen müsse.

Trotz der Entwertung des Geldes und der dadurch herbeigeföhrten Erschwerung jeder Einfuhr ist in der Eingabe der Landwirte von einer Absicht zur Erleichterung der inländischen landwirtschaftlichen Erzeugung keine Rede. Im Gegenteil, die Kundgebung erhebt die Forderung, daß die Ablieferung der Landwirte nicht wie bisher durch Schöpfung unparteiischer Organe, sondern durch örtliche oder Kreisorgane, d. h. durch die Interessenten selber geschehe und daß der Selbstbetrag der Erzeugung aus dem Ausland zu bestehen sei. Mit einer Kundgebung wollen sie also die Agrarier über die schwierigste Frage hinweg, nur weil die Einfuhr zu den Weltmarktpreisen bei dem jetzigen Stande der Währung ihre Absichten auf die ungeheuerlichste Preistreiberweise wesentlich erleichtern würde.

Offen lassen die Agrarier erkennen, daß sie, solange ihre weitgehenden Forderungen nicht erfüllt sind, weder die Erzeugung steigern, noch ihre Ablieferungspläne erfüllen werden. Sie erklären, daß nach Ablauf der Preistreiberprämie die Getreideablieferung fast völlig stocken werde.

Dinterpommersche Geheimschlächter werden wügend.

Das Reichernährungsministerium hat Kommissionen eingesetzt, die auf den Schleichhandel achten sollen und vor allem ihre Augenmerk auf das Land richten, um die Erzeuger zur Übergabe ihrer Erzeugnisse zu veranlassen und Schleichungen zu hintertreiben.

Landberg a. W., 12. November. (Bauern-Revolte). Ein behauerlicher Vorfall hat sich in der vergangenen Woche in Magdard, Landkreis Landberg a. W., zugetragen. Dort war eine Geheimfächteraktion erwidert und das Fleisch beschlagnahmt worden.

Als weil die Lebensmittelkontrolleure ihre Pflicht taten, wurden sie unheimlich gemißhandelt. Bezeichnend ist, daß auf die stehenden Kommissionsmitglieder geschossen wurde. Die Bauern sind demnach bewaffnet und schießen auf die von den Behörden eingesetzten Kontrollorgane.

Sozialer Hilfsbund für Berliner Prostituierte.

In einer von etwa 100 Prostituierten besuchten Versammlung am Montagabend beschloßen anwesende Prostituierte, sich zu einer Organisation, dem Sozialen Hilfsbund für Berliner Prostituierte, zusammenzuschließen.

Schriftlicher Vöge behandelte in einem längeren Referat die sozial-rechtliche Seite der Prostitution. Trefflich kritisierte er die „doppelte Moral“, die nur „gefällige“ Mädchen kennt, aber keine gefälligen Männer.

Seine Rede behandelte in einem längeren Referat die sozial-rechtliche Seite der Prostitution. Trefflich kritisierte er die „doppelte Moral“, die nur „gefällige“ Mädchen kennt, aber keine gefälligen Männer.

Seine Rede behandelte in einem längeren Referat die sozial-rechtliche Seite der Prostitution. Trefflich kritisierte er die „doppelte Moral“, die nur „gefällige“ Mädchen kennt, aber keine gefälligen Männer.

Seine Rede behandelte in einem längeren Referat die sozial-rechtliche Seite der Prostitution. Trefflich kritisierte er die „doppelte Moral“, die nur „gefällige“ Mädchen kennt, aber keine gefälligen Männer.

Eine Abwehr.

Vom Betriebsrat der Militär-Eisenbahn wird uns geschrieben: „An der bürgerlichen Presse vom 17. und 18. November wurden wieder einmal Klatschereien der Reichsgruppen der Eisenbahnarbeiter in die Schuhe geschoben.“

Die erhöhten Fahrpreise auf der Straßenerbahn. Von der Großen Berliner Straßenbahn und der Spandauer Straßenbahn geht uns die Mitteilung zu, daß vom 24. November ab auf den Linien N, P und R nachfolgende Fahrpreise gelten:

Großer Andrang herrscht bei den Amtsgerichten, bei denen zahlreiche Männer und Frauen ihren Austritt aus der Landesfische bewirken wollen. Vom Amtsgericht Berlin-Mitte in der Reuen Friedrichstraße wird uns mitgeteilt, daß dort 200 Nummern ausgegeben werden, wer kommt nach Ausgabe dieser Nummernzahl, wird nicht abgelehnt.

Rückverstellung des Müllungsausschusses. Eine Mitteilung von Wäcker für Ruder, Jugendliche und Erwachsene sowie von Zierlein über Art für Ruder findet für die Bezirke 3-5 von Freitag, 28. 11. bis Mittwoch, 3. 12. inkl. in der Aula Gräberstraße 28/29 statt.

Ausdruck, bis Amerika nach erfolgter Ratifizierung einen eigenen Vertreter ernannt. Die Arbeitgeber wählen ihre Vertreter aus England, Frankreich, Italien, Belgien, der Tschecho-Slowakei und der Schweiz.

In die deutsche Regierung wurde sofort drahtlos das Eruchen gerichtet, die Namen ihrer Vertreter für das Bureau zu ernennen.

Gefangenheimkehr. Am 31. November mittags ist in Brunsbüttel der dritte Heimkehrertransport aus Ägypten eingetroffen. Er brachte 1571 Militärpersonen und 118 Zivilisierern mit.

Freilassung verhafteter Arbeiter. Am 24. September hatte man zwei Mitglieder des Arbeiterrates zu Cönnern im Saalkreis, unsere Genossen Peter und Eber, aus den Ketten herausgelöst, auf Anfordern des Bürgermeisters, dem es nicht gelang, daß der Arbeiterrat sich gegen die Verhaftung des Bürgermeisters wehrte.

Verbilligung der Kohle in England. Der Preis von Hausbrandkohle wird ab 1. Dezember um 10 Schilling pro Tonne herabgesetzt.

Gewerkschaftliches.

Generalversammlung der Buchbinder.

In der Generalversammlung der Buchbinder Verein des Deutschen Buchbinderverbandes am Montagabend gab Gen. Kasper einen kurzen Bericht über das 3. Quartal. Wegen der Unternehmung sei im Interesse einer besseren Entlohnung in einzelnen Branchen eine Art Kleinstlohn gefordert worden.

In der Diskussion verlangte der Rechtssozialist Braunsdort durch einen Antrag die Unterbindung jeder Aktion für den „Graphischen Block“. Die Versammlung quittierte mit überwiegender Mehrheit. Weiter verlangte er, daß bei Wahlen die Wahlbureau durch Vertreter der beiden Parteien gewählt werden sollten.

Es wurde beschlossen, daß zur Aufhebung der Extrarückzahlung für die Arbeitslosen jedes Mitglied mindestens eine Mark zu einer Mark zu haben habe. Die Extrarückzahlung soll nicht, wie beschlüsselt, ausschließlich zur Auszahlung kommen, sondern jedes arbeitslose Mitglied soll mindestens 25 Mark erhalten.

Die vorgeschlagenen finanziellen Bestimmungen über die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung wurden nach kurzer Debatte angenommen.

Lohnbewegung in der Lieferungsbranche.

Für die Angehörigen der Lieferungsbranche bei der Post, Eisenbahn, Polizei usw. wird vom Schlichterverband für Dienstag eine Versammlung einberufen. In der Lehmann einen Bericht über Verhandlungen mit dem Reichsverband und über Verhandlungen mit dem Reichsverband der Uniformlieferanten über Schaffung eines Provisoriums bis zum Abschluß eines Reichsstatutes.

In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß die Arbeitnehmer sich entschließen sind, für ihre Forderungen - Freizügung eines Erziehungsminimums - einzustreiten. Einstimmig wurde der Verband beauftragt, mit den zuständigen Arbeitgebern in Unterhandlungen zu treten und unter Umständen ein Ultimatum zu stellen.

Hausangestellte heraus!

Verlebene bürgerliche Mütter haben jetzt ein besonderes Interesse, Unmündigkeiten zwischen Hausfrauen und Hausangestellten zu bringen. Die Hausangestellten sind nicht länger gewillt, solche Geheer zu sein.

Wir bitten alle Kreise, die mit Hausangestellten zusammenkommen, sie auf diese Versammlung aufmerksam zu machen. Wir bitten wir, darauf zu bestehen, daß auch die Hausangestellten unbedingt Mitglied ihrer gewerkschaftlichen Organisation, des Reichsverbandes der Hausangestellten Deutschlands, werden müssen.

A. E. O. Brunnenstraße. Diejenigen Kreise, die als Streikende oder Lugeperle im Vol von Vorsch a. Quistenstr. 23. eingeladen sind, müssen am Donnerstag nachmittag 2 Uhr in demselben Lokal ihr teilnehmendes Streikgeld abholen.

Akademische Freiheit.

Die deutschen Universitäten sind trotz der Revolution noch immer die Heimstätten eines alten Nationalismus. Damit ist verbunden eine fast ängstliche Behütung der Studentenschaft vor jeglicher Aufklärung und Bekämpfung. Es wird uns aus Göttingen berichtet, daß den dortigen politischen Studentengruppen - Sozialisten, Demokraten, Deutschnationalen usw. - keine Hörer zur Verfügung gestellt werden.

Über dem „Bund zur Erhebung des nationalen Gedankens“ haben alle Räume der Göttinger Universität offen. Dieser Bund nennt sich zwar „unpolitisch“, treibt aber ausgesprochene Parteipolitik. Ihm stehen nicht nur die Hörsäle zur Verfügung, sondern auch der Saalverleih für seine Veranstaltungen wird im Seminargebäude ermöglicht.

Stellt man zu diesen Beweisen einer heilsamen, reaktionären Auffassung den bekannten Fall des Studenten Lemmer, der auf dem Parteitag der Demokraten interessante Mitteilungen über die Vorlesungen des Altsächsischen Professors Träger machte und der deshalb von der Marburger Universität relegiert wurde, so haben wir ein erschütterndes Bild von der akademischen Freiheit an den republikanischen Universitäten.

Beschlüsse der Arbeitskonferenz in Washington.

Es wurde verhandelt: Ausdehnung der Beschränkung der Handarbeit auf Indien, Abänderung der Berner Konvention betreffend Nacharbeit der Frauen. Berner wurde die Mitteilung entgegengenommen, daß die deutsche Delegation mit Rücksicht auf die bevorstehende Beendigung der Arbeitskonferenz ihre Abreise nach Washington für nutzlos hält.

Der Antrag auf Abänderung der Berner Konvention von 1906 betreffend Nacharbeit der Frauen wurde mit den folgenden Veränderungen begründet. Nacharbeit in der Handarbeit soll für alle Frauen, außer für die in der Heimarbeit beschäftigten, verboten sein.

Der Antrag auf Abänderung der Berner Konvention von 1906 betreffend Nacharbeit der Frauen wurde mit den folgenden Veränderungen begründet. Nacharbeit in der Handarbeit soll für alle Frauen, außer für die in der Heimarbeit beschäftigten, verboten sein.

Der Antrag auf Abänderung der Berner Konvention von 1906 betreffend Nacharbeit der Frauen wurde mit den folgenden Veränderungen begründet. Nacharbeit in der Handarbeit soll für alle Frauen, außer für die in der Heimarbeit beschäftigten, verboten sein.

Der Antrag auf Abänderung der Berner Konvention von 1906 betreffend Nacharbeit der Frauen wurde mit den folgenden Veränderungen begründet. Nacharbeit in der Handarbeit soll für alle Frauen, außer für die in der Heimarbeit beschäftigten, verboten sein.

Der Antrag auf Abänderung der Berner Konvention von 1906 betreffend Nacharbeit der Frauen wurde mit den folgenden Veränderungen begründet. Nacharbeit in der Handarbeit soll für alle Frauen, außer für die in der Heimarbeit beschäftigten, verboten sein.

Das ständige Bureau der Arbeitskonferenz.

H. N. Washington, 26. November. Die internationale Arbeitskonferenz beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Zusammenfassung des ständigen Bureau. Es wurde beschlossen, daß dieses Bureau aus 24 Mitgliedern bestehen soll. Von diesen 24 werden 12 durch die Regierung ernannt, und zwar zum erstenmal durch Belgien, Frankreich, England, Italien, Japan, Deutschland, die Schweiz, Argentinien, Kanada und Polen.

Die heimischen Arbeitervereine werden die Bekämpfung der ...

Lebensmittellieferanten.

Betten, Die Ausgabe der Brot, Butter, Zucker und neuen ...

Aus den Organisationen.

14. und 15. Bezirk. Bildungsverein der Arbeitervereine. Die ...

Neukölln. In der Nacht gegen den ...

Vereinsskalender.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Donnerstag ...

FREIE WELT

Heute neu! Preis: 25 Pfennig!

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Betriebsrat der Metallarbeiter. Berlin N 64, Prenzlauer ...

Verammlung

Kauf- und Warenaufkäufer des Einzelhandels ...

Großes Schauspielhaus

Für alle Vorstellungen gelangen Plätze aller Art an der Theaterkasse ...

Spezial-Behandlung

Löser, Münzstr. 9, nahe Alexanderplatz

Alte künstl. Gebisse

Platin, Brennstifte, Kontakte usw.

Botenfrauen

Spedition Bartsch, Tempelhof, Werderstr. 30

Botenfrauen für Neukölln

Richard, Treppower, Märchen, Koser, Schönwälder ...

Verkaufe

Gartenverkauf, Pankow, Bismarckstr. 20

Herbstkostüme

Herbstkostüme, Bach-Schnecken, Ulster, Astra ...

Platin Silber Quacksilber Kupfer

Platin Silber Quacksilber Kupfer sämtliche Metalle

Lehrbuch der Volkswirtschaft

Kreuzfische, prima, 100 M

Möbelverkauf an jedermann

Möbel-Cohn, im Osten

Möbelverkauf, Wirtschaft

Neue Wintermäntel

Billigste Bezugsquelle

Wiederverkäufer

Adressenverzeichnis

Hochfeine Maßanzüge

1a. Rauchtobak

Chaiseländer

Chaiseländer

Chaiseländer

Chaiseländer

Chaiseländer

Chaiseländer

Chaiseländer

Chaiseländer

Chaiseländer

Möbelverkauf an jedermann

Möbel-Cohn, im Osten

Möbelverkauf, Wirtschaft

Neue Wintermäntel

Billigste Bezugsquelle

Wiederverkäufer

Adressenverzeichnis

Hochfeine Maßanzüge

1a. Rauchtobak

Chaiseländer

Chaiseländer

Chaiseländer

Chaiseländer

Chaiseländer

Chaiseländer

Chaiseländer

Chaiseländer

Chaiseländer

Chaiseländer

Chaiseländer

Kupfer Messing Quacksilber

Metallwaren, Gold, Silber

Zahngelbes, Goldschmelze

Alle Zahngelbes bis

Kupfer pro kg 6.00 M

Meißel, Schellack

Kauf Gummiabfälle

Teppich, gut erhalten

Kauf Gummiabfälle

Paraffin, Schellack

Stoffe jeder Art

Schlack, Kilo bis 50 M

Werkzeuge und Maschinen

Sprühbohrer, jedes Posten

Autoschleifer, spezial

Sprühbohrer, jedes Posten

Autoschleifer, spezial

Sprühbohrer, jedes Posten

Autoschleifer, spezial

Sprühbohrer, jedes Posten

Verlagsgenossenschaft 'FREIHEIT' e. G. m. b. H. Abteilung Buchhandel. Goethes Werke, 4 Bände 20.- M.

Kupfer pro kg 6.00 M. Messing 3.20 M. Bronze 4.20 M.

III Gold. für jede Vertriebsstelle. Ankaufsprise 1.000 M.

Sprühbohrer, jedes Posten. Autoschleifer, spezial.

Werkzeuge und Maschinen. Sprühbohrer, jedes Posten.

Unterricht. Reichsdeutsch sprechen.

Kranke Ziegen. Kälber, Ziegen, Schweine.